

Hintergrund

Meinungen

Geträumte Wechseljahre
Wird die Menopause gerade zum neuen Must-have? Und falls ja – warum eigentlich? **18**

An Mussolinis Grab
Italiens faschistischer Führer erfreut sich nach wie vor unheimlicher Beliebtheit **20**

Höchste Zeit für mehr Ehrlichkeit in der Sicherheitspolitik



Die Schweiz kauft neue Kampffjets und soll stärker mit der Nato kooperieren. Beides ist vernünftig und miteinander verknüpft: Die Modernisierung der Armee macht nur Sinn, wenn sie eingebettet ist in einen internationalen Rahmen, schreibt Daniel Foppa

Nun ist es also besiegelt, das grösste Rüstungsgeschäft der Schweiz: Das Parlament hat den Kauf von 36 Kampffjets zum Preis von gut sechs Milliarden bewilligt. Daran ändert auch die Stopp-F-35-Initiative nichts: Wir werden erst darüber abstimmen, wenn der Kaufvertrag unterzeichnet ist.

Die Beschaffung ist notwendig, denn die Schweiz braucht die Flugzeuge für die Luftpolizei und die Luftverteidigung. Und es ist richtig, dass die Jets nun zum vereinbarten Preis beschafft werden und nicht erst die Abstimmung über die Initiative der Flugzeuggegner abgewartet wird. Die Bevölkerung hat 2020 Ja gesagt zu neuen Kampffjets. Die danach lancierte Initiative richtet sich gegen die Typenwahl des Bundesrats, also gegen die Umsetzung des Volksentscheids. Das ist Zwängerei, die nicht Schule machen darf. Die direkte Demokratie würde sich selbst blockieren, wenn Abstimmungsverlierer jeweils eine neue Initiative lancieren, um den Vollzug eines Mehrheitsentscheids zu verhindern.

Mit der Unterschrift unter den Kaufvertrag ist es indes nicht getan: Die Beschaffung der Hochleistungsjets aus den USA ergibt nur Sinn, wenn sie eingebettet ist in einen grösseren Rahmen. Zu Recht hat der Bundesrat letzte Woche entschieden, die Sicherheits- und Verteidigungspolitik konsequenter auf die internationale Zusammenarbeit auszurichten. Dieses Bekenntnis zur stärkeren Kooperation mit der Nato und der EU ist ein Bekenntnis zu mehr Ehrlichkeit. Denn Sicherheitspolitik im Europa des 21. Jahrhunderts muss grenzüberschreitend gedacht werden. Wer das verneint und weiterhin auf eine rein autonome Verteidigung setzt, ignoriert die Bedrohungslage oder handelt ideologisch.

Seit siebzig Jahren profitiert die Schweiz ohne Gegenleistung vom Schutzschirm der Nato. Und seit der Osterweiterung des Bündnisses müsste ein Aggressor von ausserhalb der Nato zwingend über das Gebiet der Allianz vorstossen – es sei denn, Österreich wäre der Aggressor –, wenn er in die Schweiz einfallen möchte. Ein isolationistischer Ansatz taugt denn auch nicht als Antwort auf aktuelle Bedrohungen: Cyberattacken und Terrorismus müssen international vernetzt bekämpft werden, zum Schutz des Luftraums wird bereits heute grenzüberschreitend operiert, und bei der Satellitenaufklärung spannt die Schweiz mit Frankreich zusammen. Auch die seit dem Ukraine-Krieg wieder stärker diskutierte Gefahr eines konventionellen Angriffs kann nicht losgelöst von der Realität eines Landes gesehen werden, das von Freunden umgeben ist. Sprich: Es ist sinnvoller, sich mit den Nachbarn auf die Abwehr eines möglichen Feindes vorzubereiten – als in unseren Partnern potenzielle Aggressoren zu sehen und die Verteidigung ab der Landesgrenze zu planen.

Der Bundesrat schlägt gemeinsame Übungen mit Nato-Truppen und EU-Verbänden vor und eine stärkere Beteiligung an Friedensförderungseinsätzen. Zudem soll bei der Ausrüstung und der Ausbildung verstärkt auf Interoperabilität geachtet werden. Solche Angleichungen kosten Zeit, bestehen doch Unterschiede zwischen einem Milizheer nach Schweizer Art und Berufsverbänden der Nato-Staaten. Deshalb wäre es wichtig, mit den Annäherungsschritten bald zu beginnen. Doch obwohl sich laut jüngsten Umfragen eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung eine engere Zusammenarbeit mit der Nato wünscht, kündigt sich bereits Widerstand im Parlament an. Die SVP wirft dem Bundesrat vor, die Sicherheit der Schweiz zu gefährden. Und lässt verlauten:

“

Wer weiterhin auf eine rein autonome Verteidigung setzt, ignoriert die heutige Bedrohungslage oder handelt ideologisch.

«Die Nato ist eine Angriffsarmee.» Das ist geschichtsvergessener Unsinn, dargebracht von der stärksten Partei des Landes. Auch Links-Grün will traditionellerweise nichts wissen von mehr militärischer Zusammenarbeit. Die SP übersieht dabei, dass die hochgelobte «aktive Neutralität» ihrer früheren Aussenministerin Micheline Calmy-Rey durchaus auch Offenheit für mehr Verteidigungskooperation bedeutet.

Damit droht sich ein Szenario zu wiederholen, das die Sicherheitspolitik seit Jahren lähmt: Der Ausbau der internationalen Kooperation wird zwischen den politischen Polen zerrieben. Das mussten die kooperationswilligen Verteidigungsminister Adolf Ogi und Samuel Schmid schmerzhaft erfahren, während ihre Nachfolger Ueli Maurer und Guy Parmelin das Thema ignorierten – oder solche Anstrengungen gar rückgängig machten. Die Parteidoktrin ging vor.

Nun aber hat sich mit dem Krieg in Europa die Sicherheitslage fundamental geändert. Und mit Viola Amherd ist eine Frau Verteidigungsministerin, die offen für eine stärkere Kooperation mit der Nato eintritt. Support erhält sie von den Parteien aus der politischen Mitte. Diese sprechen sich so klar wie noch nie für mehr internationale Kooperation aus und bezeichnen die autonome Landesverteidigung inzwischen als «Illusion» (FDP) oder «Wunschdenken» (GLP).

Das sind neue Töne. Wenn ihnen Taten folgen, wird auch der Neutralitätsbegriff schärfere Konturen annehmen. Nicht als Folge theoretischer Überlegungen. Sondern als gelebte Praxis eines Kleinstaats, der seine Sicherheitspolitik aus Eigeninteresse stärker mit jener der Nachbarn koordiniert. Und es zunehmend selbstverständlich findet, ebenfalls einen Beitrag zu leisten, wenn fundamentale Prinzipien des Völkerrechts verletzt werden.

Rebell ausser Dienst

Kevin Kühnert, deutscher SPD-Generalsekretär, deaktiviert seinen Twitter-Account. Der einstige Jungstar hadert mit seiner Ankunft im politischen Establishment. Von Silke Mertins, Berlin

Viele im politischen Berlin wollten es zuerst gar nicht glauben. Ausgerechnet Kevin Kühnert, Generalsekretär der regierenden SPD, deaktiviert seinen Twitter-Account mit 370 000

Followern? Es ist, als ob der Polit-Jungstar ohne Not sein schärfstes Schwert aus der Hand gibt. Bis zu den Bundestagswahlen vor einem Jahr galt er als der mächtigste Vorsitzende der SPD-Jugendorganisation, den es je gegeben hat, und Twitter war das Mittel, mit dem er die Partei-Granden vor sich hertrieb.

Die Diskussionskultur auf Twitter und «die Art und Weise, wie dort Gesellschaft repräsentiert wird» – nämlich gar nicht –, führe zu «Fehlschlüssen und Irrtümern in politischen Entscheidungen». Deshalb habe er seinen Account deaktiviert, sagte er. Das sei aber wahrscheinlich nicht dauerhaft und auch nicht als generelle Kritik an sozialen Netzwerken zu verstehen. Zuletzt hat er auf Twitter nach einem Interview, in dem er sich zurückhaltend zu deutschen Waffenlieferungen in die Ukraine äusserte, einen Shitstorm erlebt. «Das war mir einfach zu blöde.»

Weitaus naheliegender ist jedoch, dass die Twitter-Abstinenz ihm helfen soll, endlich in seine neue Rolle als Generalsekretär zu finden. Bisher ist Kühnert der hauptamtliche Rebell seiner Partei gewesen – es war die Rolle seines Lebens. Er orchestrierte den Widerstand gegen eine Neuauflage der grossen Koalition (Groko). Mit dem Slogan «Am Nikolaus ist Groko-Aus» sammelte er 2019 seine mehr als 70 000 Jungsozialisten und den linken Flügel der SPD hinter sich. Die grosse Koalition, so sein Mantra, verzweige die SPD und führe zu immer schlechteren Wahlergebnissen.

Kühnert will einen Linksruck und, als die SPD einmal wieder eine neue Parteiführung sucht, unterstützt er die Bewerbung von Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken als neue Doppelspitze. In einer Dokumentation

“

Bisher ist Kühnert der hauptamtliche Rebell seiner Partei gewesen – es war die Rolle seines Lebens.

der NDR ist dazu eine Schlüsselszene zu sehen: Kühnert, gerade 30 Jahre alt, sagt dem Kandidatenpaar, was sie sagen und wie sie sich verhalten sollen. Walter-Borjans, 70, und Esken, 61, zücken ihre Stifte und schreiben eifrig mit. Tatsächlich gewinnt Kühnerts Duo die Mitgliederbefragung und fügt so dem heutigen Kanzler, damals Finanzminister, eine empfindliche Niederlage zu. Für Kühnert ist es ein Triumph, vielleicht sogar der Höhepunkt als Rebell vom Dienst.

Seine starke Führungsrolle ist umso erstaunlicher, als dass er nicht nur sehr jung ist, sondern mit seiner kleinen Statur und den Pausbacken sogar noch jünger aussieht. Kühnert, offen schwul, stammt aus einer gut

situierten Beamtenfamilie. Sein Vater ist Finanzbeamter, seine Mutter arbeitet im Arbeitsamt. Seinen Vornamen Kevin hat er seiner Mutter zu verdanken, die ein Fan des englischen Fussballspielers Kevin Keegan war. Zuerst versucht Kühnert nach dem Abitur in Berlin zu studieren, bricht jedoch nach kurzer Zeit ab. Stattdessen arbeitet er erst einmal vier Jahre in einem Callcenter. Dann versucht er es mit einem Fernstudium, doch auch das lässt er bald ruhen und wird lieber Juso-Vorsitzender.

Dabei entspricht Kühnert eigentlich gar nicht so sehr dem, was heute bei jungen Menschen im Trend liegt: Er raucht, fährt Auto, isst Fleisch und redet auffallend selten über klimapolitische Fragen. Stattdessen sinniert er in Talkshows gerne einmal darüber, dass er Eigentum kollektivieren will, um den Kapitalismus abzuschaffen, und dass jeder höchstens den Wohnraum besitzen dürfen sollte, den er selbst bewohnt.

Genau das ist Kühnerts Problem. Er ist inzwischen direkt gewählter Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Berlin Tempelhof-Schöneberg. Seine Jusos stellen 49 von 206 Abgeordneten in der SPD, und er selbst ist Generalsekretär seiner Partei. Er weiss, dass er im politischen Establishment angekommen ist, einen neuen Ton treffen muss und zur ersten Verteidigungslinie der Bundesregierung gehört.

Doch er stellt sich als jemand heraus, der nicht in der Krise und an seinen Aufgaben wächst, sondern mit seiner neuen Rolle hadert. Trotz den sozialen Verwerfungen durch den Ukraine-Krieg und die Energiekrise ist es recht still um den talentierten Jungpolitiker geworden. Der Abschied von Twitter ist folglich auch ein Abschied von den Jusos. Wie es scheint, will er sich auf Instagram neu erfinden. Dort jedenfalls verteidigt Kühnert bereits brav die politischen Entscheidungen der Bundesregierung. Die Botschaft: Er ist jetzt ein Rebell a. D.

